

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und der Ausgabe des Monats 2 RM, im Monat, bei Abholung durch die Boten 2,30 RM, bei Postbestellung 2,50 RM. Einzelnummern 10 Pf. Einrückungen werden zu jeder Zeit entgegen genommen. In Fällen höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung im Zeitpunkt oder Abholung des Bezugspreises. — Rücksendung eingekaufter Exemplare erfolgt nur, wenn Porto beiträgt.

Abzugspreis: die 8-spaltige Kommode 20 Mark, die 4-spaltige Zelle der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 2-spaltige Reklametabelle im regelmäßigen Teil 1 Reichsmark. Nachzahlungsgebühr 20 Reichspfennig. Besondere Anzeigen werden nach Möglichkeit umsonst bis zum 10. März durch Fernschreiber übertragen mit keine Garantie. Jeder Nachzahlungsbetrag ist zu leisten, wenn der Betrag durch die Fernschreiber übertragen wurde. Anzeigen werden alle Verhältnisse vorbehalten.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 78 — 89. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Mittwoch, den 2. April 1930

Der Entscheidung entgegen.

Gewiß ist in Deutschland, solange es Republik ist, kaum ein neues Kabinett so schnell gebildet worden, wurde so schnell eine Regierungsstrife, wenigstens äußerlich, so rasch überwunden, wie das jetzt geschehen ist — wobei allerdings der Ton sehr stark auf das „äußerlich“ gelegt werden muß! Denn „zwischen Lipp und Reichsrand“ schiebt sich für das neue Kabinett die Verfassungsbestimmung, daß „der Reichskanzler und die Reichsminister zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstages bedürfen und jeder von ihnen zurücktreten muß, wenn ihm der Reichstag durch ausdrücklichen Beschluß sein Vertrauen entzieht“. Es muß also ein Mißtrauensvotum eingebracht und angenommen werden, um das neue Kabinett zum Särzen zu bringen — und man rechnet sehr sehr bald damit, daß von einer der unbedingten Oppositionsparteien der Mißtrauensantrag gestellt wird. Damit hat wohl auch die neue Regierung gerechnet, rechnen müssen. Dann werden die Dinge auf des Messers Schneide stehen.

Ein fast seltsam anmutendes Rätselraten um diese Entscheidung ist inzwischen entstanden. Niemand will sich schon jetzt unbedingt festlegen, jede Partei verbirgt „still im Busen“, was sie zu tun beabsichtigt. Denn — Neuwahlen sind immer eine Art Würfelspiel und so mancher wird dabei der „zweite Sieger“, der zu rasch nach diesen Würfeln griff. Und selten wird im Parlament eine Suppe so heiß gegeben, wie sie jetzt gelocht wurde; in der Zwischenzeit vor der Entscheidung läßt man sie meist etwas abkühlen werden. Die stärkste Partei des Reichstages, also die Sozialdemokratie, kündigt unbedingte Opposition an mit dem Ziel, das neue Kabinett auf schnellstem Wege zu beseitigen, um dann selbst wieder „den Auftrag zur Regierungsübernahme“ zu übernehmen. Die Sozialdemokratie, kündigt unbedingte Opposition an mit dem Ziel, das neue Kabinett auf schnellstem Wege zu beseitigen, um dann selbst wieder „den Auftrag zur Regierungsübernahme“ zu übernehmen. Die Sozialdemokratie, kündigt unbedingte Opposition an mit dem Ziel, das neue Kabinett auf schnellstem Wege zu beseitigen, um dann selbst wieder „den Auftrag zur Regierungsübernahme“ zu übernehmen.

Man braucht diesem politischen Zwischenpiel und Rätselraten, dem Auf und Ab der Tagesmeinungen, diesen — Zeitvertreib auf dem Wege der Entscheidung wirklich nicht übermäßig viel Beachtung zu schenken. Denn auch wohl in anderen, nicht sozialdemokratischen Parteien verzieht man hier und da das Gesicht über dieses Kabinett, — aber wann gäbe es denn in Deutschland einmal eine Regierung, die allen Mitgliedern der „hinter ihr liegenden“ Parteien gefiele! Und hier ist ja außerdem ein Kabinett zusammengebracht worden, das ausdrücklich sich als koalitionsmäßig nicht gebunden betrachtet. Darum allerdings, wie in einem dem jetzigen Reichskanzler nachstehenden Blatt zu lesen ist, „den ihm etwa aufgezwungenen und angebotenen Kampf aufnehmen und energisch führen wird“.

Dabei wird zweifellos die Auseinandersetzung der Parteirechner in der Reichstagsdebatte mit der Regierung recht interessant verlaufen; Young-Plan und politisches Konditionsabkommen, polnischer Handelsvertrag und Agrar-, Steuer- und sonstige „kiflige“ Fragen werden dann eine erhebliche Rolle spielen. Von der Rechten ist auch schon an einem Punkte gerührt worden, der die ganze Sache noch komplizierter machen würde, übrigens auf die politische Haltung der Sozialdemokratie vielleicht nicht ganz ohne Einfluß bleiben mag: Preußen. Koch nie hat im Reich eine in Opposition befindliche Sozialdemokratie ein Mißtrauensvotum gegen einen neuernannten Reichskanzler beantragt, der dem Zentrum angehört. Da hören denn Preußen und Unterpreußen auch schon in Preußen das politische Gras wachsen.

„Nein, er gefällt mir nicht, der neue Bürgermeister“, sagt im „Ostpreuzenland“ ein Bürger; und das gleiche sagen viele über die neue Regierung Brüning. Ob sie die Mehrheit haben, ob und wie weit manche diese Mißstimmung unterdrücken werden, — das kann erst die Minute der Abstimmung über Vertrauen oder Mißtrauen verklären werden.

Das Programm der Reichsregierung

Ziele und Wünsche des Kabinetts Brüning.

Mahnung zur Einigkeit.

Verlin, 1. April.
Das war ein scharfes Reiten in den letztverfloffenen Tagen zu den Regierungssitzen hin. Nun sitzen die neuen Herren, die mit Ausnahme der am Start gebliebenen Sozialdemokraten in ihrer Reihzahl wieder die alten sind, auf den Plätzen, von denen aus Deutschlands Geschick gemeinert wird oder doch gemeinert werden soll. Andere Gesichter zum Ersatz für den geschiedenen Reichskanzler, für seine politischen Freunde Seevering, Wiffell, Schmidt, Treviranus von den Volkstonservativen, der deutschnationale Agrarführer Schiele, Bredt von der Wirtschaftspartei. Diese Veränderungen würden an sich nicht viel bedeuten. In Wirklichkeit ist eine Umgruppierung vor sich gegangen, die grundlegende Neukonstellation der inneren Politik ankündigt. Die bisher führende Sozialdemokratie geht in die Opposition. Auch die Stellungnahme der deutschnationalen Rechten ist noch nicht geklärt. Alles fließt einweilen und bald wird es sich entscheiden, wie die Würfel über das Los der neuen Regierungsmänner fallen. Reichskanzler Brüning sagt deutlich genug an, nun sei der letzte Versuch im Gange. Edelert auch diesmal die Möglichkeit einheitlicher Aufbauarbeit, so muß das Volk entscheiden, wird es ihm obliegen, durch Neuwahlen einen jungen Reichstag an die Stelle der jetzigen Volkvertretung zu setzen.

Brüning verliert in unpatentlicher sachlicher Art das kurze in seinen Hauptpunkten bekannte Programm. Er hütet sich, leidenschaftliche Worte zu gebrauchen, kennzeichnet jedoch mit knapper Bestimmtheit die Lage, wie sie sich ihm darstellt, und welche Notwendigkeiten aus ihr herzuleiten sind. Das dichtgedrängte Laus laucht aufmerksam. Mitunter mäßiger Beifall in der Mitte. Einige Erregungen bei den Kommunisten, die Präsident Loh abstoppt, hören den Kanzler nicht. Rechts beharrt man die Referierbarkeit des Abwartens. Die Diplomatenlogie hat die Bedeutung der Stunde durch zahlreichen Besuch anerkannt.

Schon nach 20 Minuten endet der Reichskanzler gelassen und ruhig mit einer Mahnung zur endlichen Verständigung. Am Mittwoch soll die Aussprache beginnen und so weit gefördert werden, daß noch am Abend die Frage beantwortet werden kann: Anerkennung des Kabinetts oder Reichstagsneuwahlen.

Sitzungsbericht.

OB. Berlin, 1. April.
(152. Sitzung.)
Die Sitzung wird eröffnet mit der Mitteilung des Präsidenten Loh, daß die Abg. Wunderlich (D. Fr.) und Schiele (Dn.) ihre Reichstagsmandate niedergelegt haben. Dann teilt Präsident Loh die Liste der in corpora erschienenen neuen Minister mit.
Als einziger Punkt auf der Tagesordnung steht: Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung. Der neue Reichskanzler Dr. Brüning erhält sofort das Wort, empfangen mit ironischen Jurusen der Kommunisten. Der Kanzler sagt, nachdem er seine Hochachtung für den scheidenden Reichskanzler Müller und seine hingebende waterländische Arbeit ausgesprochen hat: Das neue Reichskabinett ist entsprechend dem mit vom Reichspräsidenten erteilten Auftrag an keine Koalition gebunden.

Das Kabinett ist gebildet mit dem Zweck, die nach allgemeiner Auffassung für das Reichskabinett notwendigen Aufgaben zu lösen, und zwar in kurzer Zeit. Das wird der letzte Versuch sein, die Lösung mit diesem Reichstag durchzuführen. (Hört, hört!) Einen längeren Anlauf kann niemand verantworten. Erwarten Sie nicht von mir heute ausführliche Darlegungen über die beabsichtigten Maßnahmen im einzelnen. Die neue Regierung wird Deutschlands Lebensinteressen in organischer Weiterentwicklung der bisherigen Außenpolitik aktiv vertreten. Nationales Selbstbewußtsein, Vertrauen in die eigene Kraft des Volkes sind die Grundlagen, auf denen wir stehen, ebenso wie die Erkenntnis, daß der Wiederaufstieg Deutschlands nur in friedlichem Zusammenwirken mit allen Völkern zu erreichen ist. Soziale Durchführung der internationalen Vereinbarungen (hört, hört! rechts), Klärung und weiterer Ausbau unseres Verhältnisses zu allen Staaten, zu denen wir in freundschaftlichen, vertraglichen und wirtschaftlichen Beziehungen stehen. Förderung internationaler Zusammenarbeit, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet zur Erleichterung der schwierigen Lage der eigenen Wirtschaft — das sind die Grundlagen unserer Außenpolitik. Das Ziel ist und bleibt ein wirtschaftlich gesundes, ein politisch freies und gleichberechtigtes Deutschland, das seinen Wiederaufbau im Schutze des Friedens vollenden kann und das ein unentbehrlicher Faktor in der Staatengemeinschaft sein muß. (Beifall bei den Regierungsparteien.) Besonders herzlich bedankt die Reichsregierung in dieser Stunde der Rheinlande, deren endliche Beirerung bevorsteht. (Beifall.)

Mäßiggliederung des Saargebiets
ist ein weiteres Ziel der von der Reichsregierung tatkräftig geförderten Verhandlungen.

Die Gestaltung der Innenpolitik.
Innenpolitisch gibt unsere Lage angesichts der sozialen und wirtschaftlichen Zustände und der mit ihnen verbundenen radikalen Strömungen Anlaß zu besonderer Wachsamkeit. Solchen Strömungen läßt sich nicht nur mit dem Einsatz staat-

licher Mittel begegnen, sie müssen durch eine wirtschaftliche Aufbauarbeit behoben werden. Stark genug fühlt sich die Reichsregierung mit den Mitteln, welche das Grundgesetz unserer staatlichen Ordnung, die Weimarer Verfassung, der Deutschen Republik zur Verfügung stellt, allen gefährlichen Bedrohungen entgegenzutreten. Die Reichsregierung nimmt mit Ernst die

Mahnung zur nationalen Einigkeit auf, die der Herr Reichspräsident in seiner Rundgebung vom 13. März ausgesprochen hat. Starke Kämpfe am außenpolitischen Fragen haben das deutsche Volk zerrissen. Nach der Entscheidung dieser Kämpfe ist das Werk der Verständigung in Angriff zu nehmen. Was unser Volk zum gemeinsamen Denken und Handeln zwingt, wird im Mittelpunkt unseres Wirkens stehen. Der Akt muß auf die gemeinsame Not und die gemeinsame Abhilfe und nicht auf das Trennende gerichtet sein. Die Infolge der langjährigen Verhandlungen über den Young-Plan noch nicht erledigten finanziellen und wirtschaftlichen Maßnahmen müssen sofort durchgeführt werden. Sanierung der Finanz- und Kassenlage, Unterfütterung der Länder und Gemeinden in ihrer schwierigen finanziellen Lage sind dringende Notwendigkeiten. Ohne

schnelle Ordnung der Kassen- und Finanzlage fehlt die Gewähr der erforderlichen Entlastung der Wirtschaft und der Wahrung der Arbeitslosigkeit.

Durch Übernahme des von dem jetzigen Reichsfinanzminister aufgestellten Entwurfs eines Reichshaushaltsgesetzes für 1930 können die Arbeiten des Reichsrats in den festgesetzten Fristen durchgeführt werden. Die Reichsregierung übernimmt das zu diesem Haushaltsplan gehörende Deckungsprogramm. Diese Deckungsvorlagen sind in der Form des letzten Vermittlungsvorschlages der bisherigen Regierungsparteien mit der finanziellen Sicherung der Arbeitslosenversicherung, der gesetzlichen Festlegung der Steuerentlastung und der Ausgabenersparnis ein einheitliches Ganzes. Neue Steuerlasten zur Befundung der Kassenlage sind nur tragbar, wenn sie im Rahmen eines auf weite Sicht gestellten, allmählich durchzuführenden Gesamtprogramms stehen. Sparvorschlüsse für alle Gebiete des öffentlichen Lebens werden in kürzester Zeit durch die Reichsregierung den zuständigen Körperschaften unterbreitet werden. Diese Sparmaßnahmen sollen nicht von einem außerordentlichen Geiß getragen werden. (Großer Lärm bei den Kommunisten. Rufe: Aprilscherz!) Der Präsident ruft die Abgeordneten Ervers und Reubauer zur Ordnung.) Der Reichskanzler fährt fort: Die Sparmaßnahmen sollen lediglich den Zweck haben, zur Senkung der Steuern, zur Hebung der Produktivität und zur Stärkung des Kredit Deutschlands beizutragen. Sie sollen Raum schaffen für die Senkung der auf dem Handwerker und dem Mittelstand besonders schwer lastenden Realsteuern. Die

Weiterverfolgung der Sozialpolitik wird als staatliche Notwendigkeit von der neuen Reichsregierung unbedingt anerkannt. Aber finanzielle, soziale und wirtschaftliche Aufgaben müssen von einheitlichen Gesichtspunkten aus angefaßt werden. Gerade von diesem Standpunkt aus ist das Heilungswort für die in schwerstem Ringen um die Existenz kämpfende deutsche Landwirtschaft vordringlich notwendig. In den besonders bedrohten Landesteilen hat

die Agrarkrise den Charakter einer allgemeinen Volks- und Staatskrise angenommen. Die Regierung ist entschlossen, ein umfassendes und durchgreifendes Hilfsprogramm für die Landwirtschaft schleunigst zu verwirklichen. Aussergewöhnliche Mittel sollen dabei angesichts der ersten Lage nicht geizig werden. Die notwendigen Gelder sind in der Ausarbeitung begriffen. Eine durchgreifende und umfassende Hilfe ist notwendig. Für die Deckung der notwendigen Ausgaben wird die Reichsregierung eine besondere Vorlage anarbeiten. Die Grundfrage nationaler und volkspolitischer Rettung für den deutschen Osten ist die Befundung der östlichen Landwirtschaft. Unter allen Umständen wird die Reichsregierung an den Vorschlägen dafür und an ihrer schärfsten Durchführung festhalten. Alle verfassungsmäßigen Mittel sollen dafür eingesetzt werden. Parteipolitische Erwägungen müssen aber in dieser Stunde in den Hintergrund treten. Allein sachliche Einstellung zu diesem Programm des Kabinetts sichert die Zukunft des deutschen Volkes. (Beifall in der Mitte bei den Regierungsparteien und Handbestärkungen. Zurufe bei den Kommunisten.)

Die Kommunisten haben einen Mißtrauensantrag gegen das Gesamtkabinett eingebracht. Nach dem Vorschlag des Präsidenten wird die Aussprache über die Regierungserklärung am Mittwoch erfolgen.

Die Stellungnahme der Parteien.

Beschlüsse der Reichstagsfraktionen.
Die einzelnen Fraktionen werden sich am Mittwoch nur kurze Erklärungen abgeben. Die Abstimmungen über die Mißtrauensanträge finden erst am Donnerstag statt.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages trat am Dienstag abend zu einer Sitzung zusammen, in der der Reichskanzler Dr. Brüning über den Verlauf seiner Bemühungen zur Regierungsübernahme Bericht erstattete. Im Auftrage der Fraktion sprach der stellvertretende Vorsitzende Esser dem neuen Kanzler die Glückwünsche der Fraktion aus und gelobte ihm und der Dr. Brüning die Gefolgschaft der Fraktion. Auch die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei beschäftigte sich in einer kurzen Sitzung